

## DEUTSCHLAND IM ABSCHWUNG

# Politik und Tarifpartner in der Pflicht

Sinkende Auftragseingänge, schrumpfende Industrieproduktion, nach unten korrigierte Konjunkturprognosen – die Lage der deutschen Wirtschaft scheint von Tag zu Tag schlechter zu werden. Zuletzt hat die Bundesregierung ihre Erwartungen für 2014 und 2015 massiv reduziert. Deutschland befindet sich in einem Abschwung. Es besteht allerdings kein Grund zur Panik – wenn Politik, Tarifpartner und Unternehmen ihre Hausaufgaben machen.

## Erwirtschaften geht vor Verteilen

Zunächst liegt es an der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen für Investitionen und wettbewerbsfähige Unternehmen zu setzen. Nach Mütterrente, Rente mit 63 und Mindestlohn muss die große Koalition umsteuern und sich darauf konzentrieren, Wachstum zu fördern statt Verteilung zu organisieren. Investitionen in die Infrastruktur, ein Abbau der kalten Progression, der Erhalt flexibler Beschäftigungsformen wie Zeitarbeit und Werkverträge, eine langfristig verlässliche und bezahlbare Energieversorgung, Tarifeinheit – all das sind Projekte, die unser Land und unsere Wirtschaft voranbringen können. Neuerliche Belastungen für die Unternehmen wären in der aktuellen Situation das völlig falsche Signal.

## Moderate Tarifpolitik nötig

Die Tarifparteien wiederum stehen in der Pflicht, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts durch eine moderate Tarifpolitik zu erhalten. Für die chemische Industrie mit ihren 1.900 Unternehmen und 550.000 Beschäftigten wird die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Mitte November eine Forderungsempfehlung für die Tarifrunde 2015 abgeben. Nach Lage der Dinge muss diese deutlich niedriger ausfallen als vor einem Jahr; damals forderte die IG BCE auf dem Höhepunkt optimistischer Wachstumsprognosen 5,5 Prozent mehr Geld. Auch hier gilt es nun, die Erwartungen nach unten anzupassen.

Aufgabe der Unternehmen ist es, sich gemeinsam mit ihren Beschäftigten auf schwierigere Zeiten einzustellen. Effizienzmaßnahmen und Kostensenkungsprogramme gewinnen angesichts des konjunkturellen Negativtrends zusätzlich an Bedeutung. Auch wenn der aktuelle Abschwung mit einer Situation wie 2008/2009 nicht vergleichbar ist: Eine Herausforderung ist er in jedem Fall.

*»Die Tarifparteien stehen in der Pflicht, die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts durch eine moderate Tarifpolitik zu erhalten.«*

### BRANCHE

Anstieg der Arbeitskosten: Wettbewerbsfähigkeit leidet	2
Herbstgutachten: Wachstumsprognose gekappt	4

### SOZIALPOLITIK

Pflege von Angehörigen: Herausforderung der Zukunft	6
--	---

### ARBEITSMARKT

Werkverträge: Bewährtes Instrument	7
---------------------------------------	---

### BILDUNG

Positionspapier: Bildungsrat will die Berufsschule stärken	8
---	---

## ANSTIEG DER ARBEITSKOSTEN

# Wettbewerbsfähigkeit leidet

Arbeit ist in der Chemie-Branche in den letzten Jahren deutlich teurer geworden. Auch 2013 sind die Chemie-Arbeitskosten je Stunde erneut spürbar gestiegen, wie aus aktuellen Berechnungen des Bundesarbeitgeberverbands Chemie (BAVC) hervorgeht.

Im internationalen, aber auch im konzernweiten Standortwettbewerb sind die Arbeitskosten ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Das gilt besonders für exportorientierte Branchen wie die Chemie-Industrie, die intensiv im globalen Wettbewerb steht. Schon seit geraumer Zeit befindet sich die deutsche Chemie in der Spitzengruppe jener Länder, die besonders hohe Arbeitskosten aufweisen.

## Chemie-Arbeitsstunde kostet 53,16 Euro

Die Chemie-Arbeitskosten betragen im Jahr 2013 in Westdeutschland 53,16 Euro je Beschäftigtenstunde. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein nochmaliger Kostenanstieg um 3,2 Prozent. Damit hat sich die Arbeitsstunde in nur 3 Jahren um mehr als 13 Prozent verteuert, denn bereits 2011 und 2012 waren die Kosten um jeweils 5 Prozent in die Höhe geschossen.

Die ostdeutschen Chemie-Unternehmen mussten im Jahr 2013 insgesamt 37,90 Euro je Beschäftigtenstunde aufwenden; dies sind 3 Prozent mehr als noch im Jahr davor. Zieht man die Veränderungsraten der Jahre 2011 und 2012 mit 9,4 und 7,2 Prozent hinzu, hat sich die Arbeitsstunde in der ostdeutschen Chemie in nur 3 Jahren um knapp 20 Prozent verteuert. Dieser stark überproportionale Anstieg der Chemie-Arbeitskosten in Ostdeutschland erklärt sich größtenteils aus der mittlerweile vollständig realisierten Angleichung der Tarifentgelte an West-Niveau.

### Chemie-Arbeitskosten 2013 je Beschäftigten (West)

		Euro	Prozent
1.	Entgelt für geleistete Arbeitszeit (Direktentgelt)	47.412	74,7
2.	Vergütung arbeitsfreier Tage	10.431	16,4
2.1	Urlaub	6.018	9,5
2.2	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	1.978	3,1
2.3	Bezahlte Feiertage	2.435	3,8
3.	Sonderzahlungen	5.585	8,8
3.1	Vermögensbildung	217	0,3
3.2	Fest vereinbarte Sonderzahlungen	5.368	8,5
	<b>Bruttojahresverdienst (Bruttoentgelt)</b>	<b>63.428</b>	<b>100,0</b>
4.	Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers	10.381	16,4
5.	Betriebliche Altersversorgung	7.389	11,6
6.	Sonstige Personalzusatzkosten	2.819	4,4
	<b>Arbeitskosten insgesamt</b>	<b>84.017</b>	<b>132,5</b>

Quelle: BAVC, IW Köln, Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

### ANSPRECHPARTNER



Dirk Meyer | Geschäftsführer

Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt

dirk.meyer@bavc.de

## Struktur der Chemie-Arbeitskosten

Bei der Betrachtung der Struktur der Arbeitskosten werden die einzelnen Kostenkomponenten in Prozent des Bruttojahresverdienstes dargestellt. Dies hat den Vorteil, dass unmittelbar ersichtlich ist, aus welchen Komponenten sich dieser Betrag zusammensetzt und welche Kosten der Arbeitgeber zusätzlich zu entrichten hat.

Die Ergebnisse im Einzelnen: Die westdeutschen Chemie-Arbeitskosten in Höhe von 84.017 Euro für einen Vollzeitbeschäftigten setzen sich aus folgenden Komponenten zusammen: Der Bruttojahresverdienst eines Mitarbeiters (63.428 Euro) besteht aus dem Direktentgelt für tatsächlich geleistete Arbeit (47.412 Euro), der Vergütung arbeitsfreier Tage für Urlaub, Feiertage und Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall (10.431 Euro) sowie den Sonderzahlungen (5.585 Euro). Aus Sicht des Arbeitnehmers entspricht der Bruttojahresverdienst dem Wert, den er am Jahresende auf dem Lohnzettel vorfindet.

Aus Sicht der Unternehmen ist jedoch nicht allein der zu zahlende Bruttojahresverdienst entscheidend, sondern die gesamten durch die Beschäftigung verursachten Kosten. Hier kommen die Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers (10.381 Euro) hinzu, weiterhin Aufwendungen für die tarifliche und betriebliche Altersversorgung (7.389 Euro) und schließlich die sonstigen Personalzusatzkosten (2.819 Euro) wie etwa Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung oder Kantinenzuschüsse.

Diese zusätzlichen Kostenbestandteile addieren sich im Jahr 2013 in der westdeutschen Chemie auf 32,5 Prozent des Bruttojahresverdienstes. Zieht man von den Arbeitskosten (84.017 Euro) das Direktentgelt für tatsächlich geleistete Arbeit (47.412 Euro) ab, so erhält man die gesamten Personalzusatzkosten (36.605 Euro). Auf das Direktentgelt gerechnet ergibt sich so eine Personalzusatzkostenquote von 77,2 Prozent.

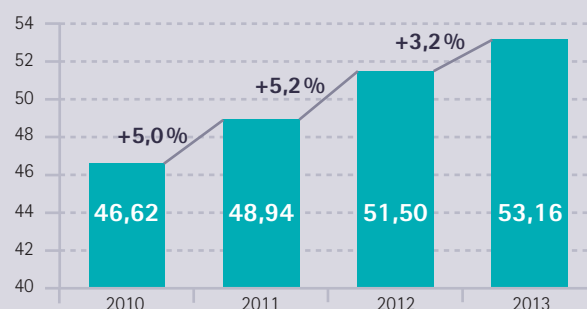
In der ostdeutschen Chemie betragen die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten im Jahr 2013 insgesamt 61.332 Euro, der Bruttojahresverdienst lag bei 48.911 Euro und die Personalzusatzkostenquote betrug 65,4 Prozent.

## Steigende Lohnstückkosten

Die Chemie-Tariflöhne sind im Betrachtungszeitraum spürbar gestiegen: 2011 wurden sie um 4,1 Prozent und 2012 um 4,5 Prozent angehoben.

Parallel hierzu haben sich die Wachstumsaussichten für die Chemie-Branche nicht im erwarteten Umfang erfüllt. Vielmehr verlief die Chemie-Konjunktur in den Jahren 2011 bis 2013 unstet und ohne Dynamik: Einem Produktionszuwachs um 2,1 Prozent im Jahr 2011 folgte ein deutlicher Rückgang im Jahr 2012 um minus 2,7 Prozent und eine nur leichte Ausweitung um 1,9 Prozent im Jahr 2013. Vor dem Hintergrund dieses unbefriedigenden Konjunkturverlaufs ist

### Chemie-Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro (West)



Quelle: BAVC, IW Köln, Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

### Chemie-Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde in Euro (Ost)



Quelle: BAVC, IW Köln, Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden je Vollzeitbeschäftigten in der Chemie sogar rückläufig gewesen (2011: plus 0,1 Prozent, 2012: minus 0,9 Prozent, 2013: minus 1,3 Prozent). Dies hat die Verteuerung der Arbeitsstunde in der Chemie-Branche zusätzlich beschleunigt.

Seit 2010 sind die Arbeitskosten in der Chemie-Industrie stark angestiegen, ohne dass dies durch eine entsprechende Produktivitätsentwicklung abgedeckt wäre. Ansteigende Arbeitskosten bei rückläufiger bis stagnierender Produktivität führen im Ergebnis zu steigenden Lohnstückkosten. Darunter leidet die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Hier steht der deutsche Chemie-Standort bereits jetzt unter Druck, denn die Lohnstückkosten lagen 2013 um deutliche 15 Prozent höher als im Jahr 2010.

Im laufenden Jahr 2014 hat die Chemie-Konjunktur erneut einen Dämpfer erhalten – die Jahresprognose für Produktion, Erzeugerpreise und Umsatz wurde abgesenkt. In diesem konjunkturell unsicheren Umfeld kommt der weiteren Arbeitskostenentwicklung eine wichtige Rolle zu, wenn die Kostenwettbewerbsfähigkeit nicht weiter leiden soll.

TEXT: DIRK MEYER



## HERBSTGUTACHTEN

# Wachstumsprognose gekappt

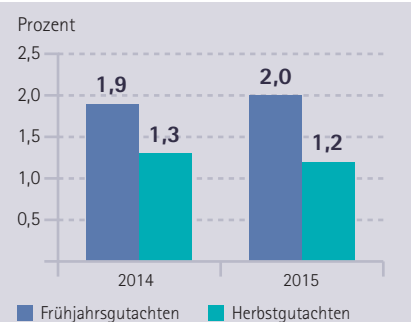
Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland hat sich weiter eingetrübt. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute blicken deshalb deutlich skeptischer auf die deutsche Wirtschaft. In ihrem Anfang Oktober vorgelegten Herbstgutachten haben die Forschungsinstitute ifo (München), DIW (Berlin), RWI (Essen) und IWH (Halle) die Wachstumsprognose für Deutschland im Vergleich zum Frühjahrsgutachten um 0,6 bzw. 0,8 Prozentpunkte ungewohnt deutlich nach unten korrigiert. Für das Jahr 2014 erwarten die Forscher nur noch 1,3 Prozent und für 2015 nur noch 1,2 Prozent Wachstum. Im Frühjahr waren sie noch von 1,9 und 2,0 Prozent ausgegangen.

### Eckpunkte der Prognose aus dem Herbstgutachten 2014

Veränderung in Prozent ggü. Vorjahr	2012	2013	2014	2015
BIP (real)	0,4	0,1	1,3	1,2
Privater Konsum	0,7	0,8	0,8	1,4
Staatlicher Konsum	1,2	0,7	0,9	1,0
Anlageinvestitionen	-0,7	-0,7	3,2	2,7
Ausrüstungen	-2,9	-2,7	3,8	4,1
Bauten	0,6	-0,1	3,3	2,1
Sonstige Anlagen	0,1	1,3	1,8	1,9
Exporte	2,8	1,6	3,2	4,4
Importe	0,0	3,1	4,2	5,7
Erwerbstätige (1.000 Personen)	42.033	42.281	42.605	42.653
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.897	2.950	2.908	2.963
Arbeitslosenquote (BA) in Prozent	6,8	6,9	6,7	6,8
Verbraucherpreise	2,0	1,5	1,0	1,4
Finanzierungssaldo des Staates in Prozent des nominalen BIP	0,1	0,3	0,3	0,1

Quelle: Statistisches Bundesamt, BA, Deutsche Bundesbank; Werte 2014 und 2015: Prognose der Institute

### Konjunktur verliert weiter an Schwung



Quelle: Prognose der Institute

In ihrem aktuellen Gutachten mit dem Titel »Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken« räumen die Wissenschaftler ein, bisher zu optimistisch gewesen zu sein. Der erhoffte Investitionsaufschwung ist ausgeblieben. Der private Verbrauch bleibt Wachstumsstütze, auch weil sich der Arbeitsmarkt noch robust entwickelt. Aber auch hier hinterlässt die konjunkturelle Schwäche erste Spuren: Der Beschäftigungsaufbau hat sich im laufenden Jahr verlangsamt und die Zahl der Arbeitslosen wird der Prognose nach im Jahr 2015 leicht ansteigen.

## Gegenwind von der Wirtschaftspolitik

Nach Auffassung der Forscher sind die Wachstumsaussichten für Deutschland auch deshalb gedämpft, weil die Konjunktur zusätzlichen Gegenwind von der Wirtschaftspolitik erhält, die bisher allein auf konsumtive Ausgaben gesetzt hat. Das Rentenpaket und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns werten sie als wachstums- und beschäftigungshemmende Maßnahmen.

Die Rentenpolitik wirkt verteuern auf den Arbeitseinsatz. Außerdem wird der Kurs einer Erhöhung des Erwerbspotenzials durch die Rente mit 63 aufgeweicht. Die Institute gehen davon aus, dass die abschlagsfreie Rente mit 63 das Erwerbspotenzial im Jahr 2014 um 50.000 und im Jahr 2015 um 100.000 Personen reduziert. Zudem dürfte die Einführung des Mindestlohns die strukturelle Arbeitslosigkeit erhöhen.

Der Bundesregierung empfehlen die Ökonomen, günstigere Rahmenbedingungen für Investitionen zu schaffen. Ein staatliches Konjunkturprogramm sei fehl am Platz, aber es bestehe durchaus Spielraum für wachstumsfördernde Maßnahmen. Hierzu wird im Gutachten angeregt, das Steuersystem investitionsfreundlicher zu gestalten und die Unternehmen durch Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung zu entlasten. Zudem sollte eine bessere Planungssicherheit im Bereich Energieversorgung und Umweltrecht gewährleistet werden. Ebenso wird der Abbau der kalten Progression bei der Einkommensteuer gefordert.

## Konjunkturschwäche in Deutschland

In den Unternehmen und bei den privaten Haushalten hat sich seit dem Frühjahr Ernüchterung über die Konjunkturaussichten breit gemacht. Nachdem die Wirtschaftsleistung im 2. Quartal gesunken war und im 3. Vierteljahr wohl stagniert hat, kommt der Konjunkturmotor nur schwerlich wieder auf Touren. Darauf deutet etwa das ifo-Geschäftsklima hin, das sich seit Mai 5 Monate in Folge verschlechtert hat.

Schwach ist sowohl die Binnennachfrage als auch die Auslandsnachfrage. Der erhoffte Investitionsaufschwung ist ausgeblieben. Zudem expandierte die weltwirtschaftliche Produktion – insbesondere auch im Euroraum – nur in mäßigem Tempo. Das ist auch ein Grund dafür, dass die Exporte langsamer als die Importe zunehmen werden, wodurch der Außenhandel als Saldo einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum haben wird.

Nach der vorgelegten Prognose kommt die Investitionskonjunktur in Deutschland nur schleppend in Schwung. Offenbar wiegen aus Sicht der Unternehmen unsichere Absatzaussichten und der Gegenwind von der Wirtschaftspolitik schwerer als die günstigen Finanzierungsbedingungen. Allem Anschein nach sind die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte in Deutschland zu schwach, um die Wirkungen des sich verschlechternden außenwirtschaftlichen Umfeldes auszugleichen.

Vor diesem Hintergrund prognostizieren die Institute, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um nur noch 1,3 Prozent und im kommenden Jahr um 1,2 Prozent wachsen wird.

TEXT: DIRK MEYER | FOTO: TOMAS/FOTOLIA.COM

## STANDPUNKT



Margret Suckale  
BAVC-Präsidentin

» Das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ist eine deutliche Warnung: Deutschland ist keineswegs der Fels in der Brandung, an dem die Krisen in Europa und der Welt spurlos vorbeigehen. Unternehmen und Beschäftigte müssen sich auch hierzulande auf zunehmenden konjunkturellen Gegenwind einstellen. Eine Warnung ist das Gutachten aber vor allem für die Politik: Mit Mütterrente, Rente mit 63 und Mindestlohn hat die große Koalition die falschen Prioritäten gesetzt. Verteilen war wichtiger als Erwirtschaften. Das muss sich ändern. Neue Belastungen für die Wirtschaft darf es nicht geben. Stattdessen muss die Politik gute und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, damit es sich lohnt, in Deutschland zu investieren.«



## PFLEGE VON ANGEHÖRIGEN

# Herausforderung der Zukunft

Die Pflege alter oder kranker Familienangehöriger bedeutet für viele einen Spagat – zwischen Pflege, Familie und Beruf. Von Januar 2015 an sollen nun eine bezahlte Auszeit zur Organisation von Pflege und ein Rechtsanspruch auf Pflegezeit zusätzliche Unterstützung für die Betroffenen bieten. Bei einem plötzlichen Pflegefall in der Familie soll der Verdienstausfall künftig für 10 Tage durch ein so genanntes Pflegeunterstützungsgeld zu großen Teilen aufgefangen werden. Bis zu 2 Jahre sollen Beschäftigte zudem im Job kürzertreten können: Sie bekommen einen Rechtsanspruch auf 6 Monate Pflegezeit für eine teilweise oder vollständige Freistellung mit Förderung durch ein zinsloses Darlehen sowie einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit, in der für maximal 24 Monate die Arbeitszeit auf bis zu 15 Stunden reduziert werden kann. Entsprechende Regelungen hat das Kabinett Mitte Oktober auf den Weg gebracht. Der Gesetzentwurf muss nun das parlamentarische Verfahren durchlaufen.

*»Die Pläne für eine neue Familienpflegezeit können unnötige Belastungen für die Betriebe nach sich ziehen.«*

Christiane Debler, BAVC

## Bewertung der Pläne für eine neue Familienpflegezeit

Die Chemie-Arbeitgeber sehen diesen Gesetzentwurf kritisch. Die Pläne für eine neue Familienpflegezeit können unnötige Belastungen für die Betriebe nach sich ziehen. Mit dem vorgesehenen Rechtsanspruch auf eine teilweise Freistellung von der Arbeit für die Dauer von bis zu 24 Monaten wird ein weiterer befristeter Teilzeitanspruch geschaffen, der kostenträchtige und bürokratische Regelungen mit sich bringt – eine zusätzliche Belastung gerade für kleinere und mittlere Unternehmen, die zeitlich befristete Personalausfälle nur schwer durch Umorganisation auffangen können. Wird eine neue gesetzliche Entgeltersatzleistung für Fälle kurzzeitiger Pflegefreistellung von bis zu 10 Tagen eingeführt, muss sichergestellt sein, dass Arbeitgeber nicht doch für diesen Zeitraum Entgeltfortzahlungen leisten müssen. Neue Belastungen der Wirtschaft, die auch noch über den Koalitionsvertrag hinausgehen, müssen unterbleiben.

## Das Rezept der chemischen Industrie

Nach Auffassung der Chemie-Arbeitgeber sind konkrete und praktikable Lösungen in den Unternehmen für die betroffenen Beschäftigten besser als ein starres Gesetz. Betriebsvereinbarungen oder formelle Absprachen sind besser geeignet, um den besonderen Bedürfnissen der Pflege und ihrer stark variierenden Dauer gerecht zu werden. Hilfreich sind auch die Instrumente zur Flexibilisierung der Arbeitszeit (Beispiel: Vertrauensarbeitszeit) und des Arbeitsortes (Beispiel: Home Office). Seit 2008 ist mit dem Tarifvertrag »Lebensarbeitszeit und Demografie« in der chemischen Industrie die Verwendung von Langzeitkonten für bezahlte Freistellungsphasen zur Pflege von Angehörigen möglich.

Mit der Erweiterung dieses Tarifvertrages im Jahr 2012 wurde den Betriebsparteien ermöglicht, den Demografiebetrag nicht nur in Form von Langzeitkonten, Altersteilzeit, Teilrente, tariflicher Altersvorsorge oder der Berufsunfähigkeitszusatzversicherung Chemie (BUC) einzusetzen. Vielmehr können die Gelder auch für eine lebensphasenorientierte Arbeitszeitgestaltung verwendet werden. Dies soll den Beschäftigten eine bezahlte Freistellung dann ermöglichen, wenn sie sie am dringendsten benötigen.

TEXT: CHRISTIANE DEBLER

### ANSPRECHPARTNERIN



Christiane Debler  
Stellvertretende Geschäftsführerin

Soziale Sicherung, Sozialrecht,  
Arbeitsmarkt, Personalpolitik

christiane.debler@bavc.de

## WERKVERTRÄGE

# Bewährtes Instrument

Werkverträge sind für die deutsche Wirtschaft ein seit Jahrzehnten bewährtes Instrument im Geschäftsverkehr. Sie sind für Handwerk und Dienstleister eine übliche Vertragsform. Die heutige Industrieproduktion ist arbeitsteilig aufgestellt. Produktionsprozesse werden zerlegt und einzelne Schritte optimiert. Dies ermöglicht eine schnellere und flexiblere Reaktion auf den Strukturwandel sowie die Nutzung von Spezialisierungsvorteilen, insbesondere wenn Spezialisten im Unternehmen fehlen. Das Unternehmen kann sich dann voll auf das Kerngeschäft konzentrieren.

## Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit

Die Folge ist eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch mehr Sicherheit für die Beschäftigten. Ob Werkverträge im Einzelfall eingesetzt werden, richtet sich nach der Entscheidung »make or buy«. Dabei geht es vor allem um die Realisierung von Produktionsvorteilen und die Hebung von Verbesserungspotenzial. Spezialisten können effizienter und effektiver arbeiten, kennen sich mit der technologischen Entwicklung besser aus und können damit ihre Leistung günstiger anbieten als dies ein nicht auf diese Leistung spezialisiertes Unternehmen selbst tun könnte.

Echte Werkverträge dürfen durch den vereinzelt Missbrauch (Scheinwerkverträge) nicht in Misskredit gebracht werden. Die pauschale Verurteilung von Werkverträgen wird der wirtschaftlichen Realität nicht gerecht. Denn in den weitaus meisten Fällen werden Werkverträge unter fairen und legalen Bedingungen eingesetzt.

## Durchsetzung bestehender Gesetze ausreichend

Zur Bekämpfung von Scheinwerkverträgen genügen die bestehenden gesetzlichen Regelungen, die effektiv durchgesetzt werden müssen. Das ist jedoch keine Aufgabe des Gesetzgebers, sondern der Exekutive.

Der im Koalitionsvertrag enthaltene Vorschlag, die Informations- und Unterrichtsrechte des Betriebsrats im Hinblick auf Fremdpersonal zu konkretisieren, ist diskutabel. Bereits jetzt sieht die Rechtslage vor, dass sich die Unterrichtung des Betriebsrats auch auf die Beschäftigung von Personen erstreckt, die nicht in einem Arbeitsverhältnis zum Arbeitgeber stehen. Zudem kann der Betriebsrat die Vorlage von Listen über Einsatztage und Einsatzzeiten von Fremdfirmenmitarbeitern verlangen. Die Fremdfirmenmitarbeiter unterfallen des Weiteren der vollständigen Zuständigkeit der Betriebsräte der Werkunternehmen. Hingegen ist eine Normierung weiterer Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats des Einsatzunternehmens abzulehnen. Diese würde zu einer Einschränkung oder gar einem Ausschluss auch (echter) Werkverträge führen. Das kann von niemandem gewollt sein, der ein Interesse an einer auch in Zukunft funktionierenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsordnung hat.

Eine Abgrenzung von Arbeitnehmerüberlassung zu Werkverträgen ist bereits jetzt mit Hilfe der von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien möglich. Einer gesetzlichen Festschreibung von Abgrenzungsmerkmalen bedarf es nicht. Die von der Rechtsprechung durchgeführte Gesamtwürdigung der Umstände erweist sich als wesentlich flexibler und überzeugender als eine starre Vermutungsregelung. Nur anhand einer Einzelfallbetrachtung können falsche Wertungen vermieden werden.

TEXT: KATHARINA MÜLLER

## BAVC-POSITIONEN

Lesen Sie weitere Positionen der Chemie-Arbeitgeber unter

[www.bavc.de](http://www.bavc.de)

## ANSPRECHPARTNERIN



Katharina Müller

Tarifpolitik, Arbeitsrecht

[katharina.mueller@bavc.de](mailto:katharina.mueller@bavc.de)

## POSITIONSPAPIER

# Bildungsrat will die Berufsschule stärken

Das System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule ist die tragende Säule der Fachkräftesicherung in Deutschland. Auch die chemische Industrie mit 1.900 Unternehmen und rund 550.000 Beschäftigten ist zur Nachwuchssicherung auf eine gut funktionierende duale Ausbildung angewiesen. Der Erfolg und die hohe Qualität des dualen Ausbildungssystems in Deutschland basieren ganz wesentlich auf der Leistungsfähigkeit und der Zusammenarbeit der Lernorte Betrieb und Berufsschule. Jedoch wird die Bedeutung der Berufsschule als leistungsstarker Partner der Ausbildungsbetriebe in der aktuellen bildungspolitischen Diskussion vielfach vernachlässigt.

## DAS POSITIONSPAPIER

»Berufsschule stärken – Erfolgsmodell duale Ausbildung sichern« steht zum Download zur Verfügung unter

[www.bavc.de](http://www.bavc.de)

## Herausforderungen für Berufsschulen

Angesichts der wachsenden Herausforderungen aufgrund

- ▶ des demografischen Wandels und rückläufiger Schülerzahlen,
- ▶ einer zunehmenden Heterogenität der Schülerschaft bei Leistungsfähigkeit, Sozialkompetenzen, sprachlicher und kultureller Prägung,
- ▶ eines sich verschärfenden Lehrermangels in naturwissenschaftlichen und technischen Schulfächern,
- ▶ steigender Anforderungen und einer wachsenden Differenzierung in Theorie und Praxis moderner Ausbildungsberufe und
- ▶ eines schnellen technologischen Wandels der Arbeitswelt, der einhergeht mit einem kontinuierlichen Modernisierungs- und Anpassungsbedarf,

hat der paritätisch besetzte Bildungsrat von Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) und Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) das gemeinsame Positionspapier »Berufsschule stärken – Erfolgsmodell duale Ausbildung sichern« verabschiedet.

## Forderungen an die Politik

Das Positionspapier richtet sich an die politischen Entscheidungsträger und fordert sie dazu auf, verlässliche Rahmenbedingungen für Berufsschulen zu schaffen und sie bei der Bewältigung ihrer zentralen Zukunftsaufgaben nachhaltig zu unterstützen.

Anderenfalls besteht die Gefahr, dass die Attraktivität des dualen Ausbildungssystems in Deutschland Schaden nimmt und damit die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und die Ausbildungschancen junger Menschen in Mitleidenschaft gezogen werden. Dabei betont das Positionspapier die für die Chemie-Branche besonders relevanten naturwissenschaftlich-technischen Unterrichtsfächer und verweist auf das hohe Ausbildungsengagement der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland.

TEXT: CHRISTOPHER KNIELING

## DER BILDUNGSRAT CHEMIE

Seit 1987 befasst sich der paritätisch besetzte Bildungsrat Chemie von BAVC und IG BCE mit aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen, erarbeitet Stellungnahmen und Empfehlungen zur Berufsvorbereitung, Aus- und Weiterbildung, zu branchenrelevanten Hochschulstudiengängen sowie zum lebenslangen Lernen.

## IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. | Postfach 1280 | 65002 Wiesbaden | Internet: [www.bavc.de](http://www.bavc.de)  
 Kontakt: [info@bavc.de](mailto:info@bavc.de) | [www.twitter.com/BAVChemie](https://www.twitter.com/BAVChemie). Verantwortlich: Dr. Klaus-Peter Stiller. Redaktion: Sebastian Kautzky, Dirk Meyer, Christopher A. Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Thomas Winter, Leimen. Lesen Sie die digitale Ausgabe als E-Paper unter [www.bavc.de](http://www.bavc.de) oder nutzen Sie die Impuls-App des BAVC – kostenfrei erhältlich im App Store und bei Google Play.